

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: Zu neuen Grenzen; The Observer - Die Bedeutung der deutschen Wahlen; New Statesman - Brandts Streben nach der Macht; Prawda - Der Wähler will Veränderungen; Washington Post - Die Deutschen können stolz sein; Handelsblatt - Die CDU in der Opposition; Le Monde - Berechtigter Anspruch Brandts; The Financial Times - Nach den deutschen Wahlen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1969) : Blick in die Weltpresse: Zu neuen Grenzen; The Observer - Die Bedeutung der deutschen Wahlen; New Statesman - Brandts Streben nach der Macht; Prawda - Der Wähler will Veränderungen; Washington Post - Die Deutschen können stolz sein; Handelsblatt - Die CDU in der Opposition; Le Monde - Berechtigter Anspruch Brandts; The Financial Times - Nach den deutschen Wahlen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 10, pp. 545-546

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134022>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Zu neuen Grenzen

Der Ausgang der bundesdeutschen Wahlen, die voraussichtliche SPD/FDP Koalition und die Freigabe des DM-Wechselkurses werden in der Auslandspresse lebhaft kommentiert. Hierzu einige Kostproben.

THE OBSERVER

Die Bedeutung der deutschen Wahlen

London, 5. 10. 1969: Das westdeutsche Wahlergebnis hat zwei gute Seiten. Erstens haben die deutschen Wähler mit überwältigender Mehrheit die erprobt demokratischen Parteien unterstützt; denn die extrem rechte NPD hat immer noch keinen Sitz im Bundestag. Zweitens wird Westdeutschland mit allergrößter Wahrscheinlichkeit erstmalig eine sozialdemokratisch geführte Regierung erhalten. Das ist eine für die deutsche Demokratie, Großbritannien und Europa hochwillkommene Aussicht. Nicht etwa weil die Christlichen Demokraten undemokratisch, anti-britisch oder eine Gefahr für Europa gewesen wären. Ganz im Gegenteil. Unter Dr. Adenauer und seinen Nachfolgern haben sie eine außerordentlich erfolgreiche Rolle gespielt, als es darum ging, die Bundesrepublik zu einem erfolgreichen demokratischen Staat zu machen und eine Aussöhnung mit ihren westlichen Nachbarn, insbesondere Frankreich herbeizuführen... Aber um einer gesunden Beziehung zwischen Regierung und Opposition willen, die eine unabdingbare Voraussetzung für eine lebensfähige Demokratie ist, war die Zeit für einen Wechsel in Bonn gekommen. Für die neuen Initiativen, deren Europa, sowohl der Osten als auch der Westen, bedarf, ist ein neues Team vermutlich ebenso wünschenswert.

NEW STATESMAN

Brandts Streben nach der Macht

London, 3. 10. 1969 (Corinna Adam): Es war ein Wahlausgang gegen die äußerste Rechte, die NPD, und gegen die Kommunisten... Wenn diese Wahl für etwas war, dann für eine Anerkennung der, wenn auch begrenzten Erfolge der großen Koalition, und diese... sind dem Beitrag der SPD zu verdanken. So hat Herr Brandt zu einem guten

Teil das Recht auf seiner Seite, wenn er seinen „Anspruch“ auf die Kanzlerschaft verkündet, obwohl er nicht die stärkste Einzelpartei führt.

Wie groß auch immer die Meinungsverschiedenheiten unter den deutschen Wählern sein mögen, so sind doch schätzungsweise 75 % für Brandts Außenpolitik. Hier ist natürlich seine Politik der „kleinen Schritte“ gegenüber dem Osten gemeint... Hier könnte eine weitere Regierungsperiode der Christlichen Demokraten, bei der Stärkung der Position von Strauß, die sie implizieren würde, mehr bedeuten als nur einen Stillstand, nämlich einen Rückschritt. Und dieser wäre nicht nur einseitig. Von den Russen weiß man nämlich, daß sie mit einiger Besorgnis die Wachstumsrate des Handels zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die in der ersten Hälfte dieses Jahres um 36 % in die Höhe schnellte, beobachteten. Hält dieser Trend an, so wird die Bundesrepublik 1970 Ostdeutschlands zweitgrößter Handelspartner werden. Jedermann weiß, daß dieses einer der vernünftigsten und hoffnungsvollsten Schritte zu irgendeiner Form der Wiedervereinigung wäre, aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Russen eine weitere Entwicklung in dieser Richtung unter einer westdeutschen Regierung zuließen, in der Strauß Kanzler werden könnte.

PRAWDA

Der Wähler will Veränderungen

Moskau, 3. 10. 1969 (E. Grigorjew): Das heißt jedoch nicht, daß auf dem Wege zur kleinen Koalition keine Hindernisse mehr bestehen. Die CDU/CSU klammert sich verzweifelt an die Macht und unternimmt ständig neue Manöver, um die Bildung eines SPD/FDP-Kabinetts zu verhindern. Sie rechnet vor allem mit einer Spaltung der FDP.

Bei der Führung der SPD zeigte man mir zahlreiche Zuschriften, die in der überwiegenden Mehrheit fordern, daß dem Druck der CDU/CSU nicht nachgegeben wird und daß SPD und FDP die Regierung bilden. Das bezeugt zweifellos das in Westdeutschland herrschende Bestreben, in der Bonner Politik eine Wende zu erreichen, die gefährlichsten Züge der antidemokratischen Entwicklung zu liquidieren und den außenpolitischen

Kurs des Landes auf der Basis einer Anerkennung der europäischen Realitäten auszurichten. Das ist der Wunsch von Millionen westdeutscher Wähler. Die Zukunft wird zeigen, in welchem Maße er erfüllt wird.

WASHINGTON POST

Die Deutschen können stolz sein

Washington, 1. 10. 1969: Ein Wahlausgang bedeutet mehr als die gesamten Stimmenergebnisse der Parteien. Diese letzte Wahl bewies die gesunde politische Ordnung Westdeutschlands. Etwa 86 % der registrierten Wähler machten von ihrem Recht Gebrauch – ein interessanter Beweis dafür, daß die meisten Deutschen diese Form der „Beteiligung“ der Bürger am Staat respektieren. Auch stimmten sie keineswegs routinemäßig ab, denn eine substantielle Anzahl der Wähler wechselte dieses Mal ihre Partei. Außerdem hat die Partei, die die größeren Veränderungen verspricht, mehr von diesen fluktuierenden Stimmen gewonnen als die konservativen Christlichen Demokraten, die 20 Jahre lang alle Kanzler stellten. Ganz besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die neonazistische NPD bei ihrem für sie lebenswichtigen Versuch, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, entscheidend geschlagen wurde. Das ist ein äußerst beruhigendes Ergebnis, auf das die Deutschen stolz sein können.

Eine unmittelbare Folge dieser Wahl war die Möglichkeit, die sie Bonn bot, aus der politischen Sackgasse herauszukommen, die es daran gehindert hatte, seine Währung in das richtige Verhältnis zu den Währungen seiner westlichen Handelspartner zu bringen. Wie Deutschlands anhaltende Überschüsse zeigten, war die DM unterbewertet. Die deutsche Reaktion – die Freigabe der Mark aus der Verantwortung der Bundesbank, damit sie ihren Kurs auf dem internationalen Devisenmarkt selbst finden konnte – war zwar erstaunlich, aber willkommen. Dieses „Floating“ sollte die gewünschte Aufwertung herbeiführen. Es verletzte zwar vorübergehend die feste Wechselkurse betreffenden Regeln des IWF, aber eine derartige eine Aufwertung anstrebende Übertretung war vermutlich besser als eine Einhaltung der Vorschriften ohne Durchführung der notwendigen Paritätsänderung.

HANDELSBLATT

Die CDU in der Opposition

Düsseldorf, 6. 10. 1969 (Heinz Murmann): Die CDU kann jedenfalls nicht erwarten, daß sich für sie in den nächsten 14 Tagen noch etwas Entscheidendes ändern wird. Auf sie warten die harten, aber ehrenhaften und für das Funktionieren der Demokratie unentbehrlichen Bänke der Opposi-

tion. Und damit ist die Bundesrepublik nun wirklich an einer Wende ihrer kurzen Geschichte angekommen, nicht einer plötzlichen und überraschenden, aber doch einer tiefgehenden. Wie die CDU und wie die staatlichen Institutionen sie verarbeiten werden, steht dahin. Nichts aber läßt bisher vermuten, vom Interesse der Demokratie her gesehen werde diese Wende etwas Negatives sein. Das Gegenteil trifft zu.

Le Monde

Berechtigter Anspruch Brandts

Paris, 29. 9. 1969: Der Anspruch Außenminister Brandts auf den Posten des Kanzlers ist das logische Ergebnis eines rücksichtslosen Wahlkampfes, der, als er sich seinem Ende zuneigte, eine mögliche Aussöhnung der beiden jetzt an der Macht befindlichen Parteien auszuschließen schien. Nachdem sie im Dezember 1966 von einem christ-demokratischen Kanzler, der sich in einer schwierigen Lage befand, zur Hilfe gerufen worden waren, haben die Sozialdemokraten jetzt einen so klaren Sieg errungen, wie sie ihn vernünftigerweise nur erwarten konnten. Weder die wilden Streiks noch der heftige Kampf der Herren Kiesinger und Strauß gegen die von Wirtschaftsminister Schiller geforderte Aufwertung der Mark konnte die SPD bremsen und ihr das Verdienst am Wirtschaftsaufschwung rauben.

THE FINANCIAL TIMES

Nach den deutschen Wahlen

London, 30. 9. 1969: Der einzige der Regierung offenstehende Weg war die Freigabe des DM-Wechselkurses, um damit einen Kursanstieg zu ermöglichen. Und diesen Weg hat sie mit Billigung des IWF eingeschlagen. Die Rückkehr zu einer festen Parität soll so schnell wie möglich erfolgen – voraussichtlich wenn die neue Regierung im Amt ist und Entscheidungen treffen kann.

Der freie Wechselkurs ist nur eine vorübergehende Maßnahme, und gegenwärtig ist einigermaßen unsicher – und muß bis zur Lösung der politischen Situation unsicher bleiben –, was danach kommt. Nachdem die schlimmste Spekulationswelle abgeebbt ist, könnte die neue Regierung versuchen, die D-Mark auf ihrer früheren Parität zu fixieren. Als Alternative zu einer Wechselkursänderung könnte sie neue Experimente auf dem Gebiet der außenwirtschaftlichen Absicherung unternehmen. Sie könnte auch aufwerten und einen höheren Wechselkurs festlegen. Die Regierung könnte aber auch geringfügig aufwerten und damit die Erklärung verbinden, daß dieses ein Schritt in Richtung auf das von der Bundesbank befürwortete System regelmäßiger geringer Aufwertungen sei.